

Das Szenario „Europa 2015“: Von der ‚ungewissen Zukunft‘ zur außenpolitischen Strategie

Maria Adebahr, Cornelius Brökelmann

Wenn die Welt ein Theaterstück wäre, welche Rolle sollte Europa spielen? – Europa sollte der Regisseur sein.

Teilnehmer, Workshop „Rolle Europas in der Welt“, Konferenz EuroMission

Ein außenpolitisches Szenario für das Jahr 2015 zu entwerfen, mag bestenfalls naiv, schlimmstenfalls anmaßend erscheinen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass kaum ein Wissenschaftler in der Zunft der Internationalen Beziehungen die Umbrüche von 1989 auch nur ein Jahr zuvor voraussagen vermochte. Doch ein Szenario zu entwickeln, heißt nicht, die Zukunft prophezeien zu wollen. Und erst Recht würde es sich nicht die junge Generation von Außenpolitikern, die in der nun schon bald 15 Jahre andauernden „Weltunordnung“ sozialisiert wurde, herausnehmen, den neuen Lauf der Geschichte zu verkünden.

Deshalb sei zunächst erklärt, um was genau es sich bei der Szenarioentwicklung handelt und inwiefern sie für das Erarbeiten einer Strategie nützlich bzw. erforderlich ist. Anschließend stellen wir kurz das im EuroMission-Workshop verwendete Szenario vor, bevor wir zum Schluss die Ergebnisse der Teilnehmer präsentieren.

Warum Szenarios?

Vor bald 20 Jahren erschienen in der Harvard Business Review zwei Artikel, die den Grundstein legten für die Entwicklung der Szenariotechnik in der Unternehmenswelt¹. Ausgangspunkt ist ein „Lernkreislauf“, der letzten Endes erfolgreiches Handeln ermöglicht: Die Realität wird durch ein mentales Modell (annähernd korrekt) wahrgenommen, woraus sich Strategien für absichtsvolles

¹ Wack, Pierre, Scenarios: uncharted waters ahead, in: Harvard Business Review, Sept-Oct 1985; ders., Scenarios: shooting the rapids, Harvard Business Review, Nov-Dec 1985.

Handeln ableiten lassen. Dieses Handeln wiederum beeinflusst die Realität, die ihrerseits dann wieder wahrgenommen wird – der Kreislauf setzt sich fort.

Eine Strategie ist, kurz gesagt, die Entwicklung und Durchführung einer Gesamtkonzeption, die auf ein langfristig angelegtes Gesamtziel gerichtet ist. Wichtig ist hierbei vor allem der Ausgangspunkt aller Anstrengungen: das zu erreichende Ziel. Dementsprechend ist die Frage nicht, was für Mittel zur Verfügung stehen und was man damit anfangen kann, sondern zunächst: Was wollen wir erreichen, und anschließend: welche Mittel brauchen wir hierfür? Die Ambitionen sollen die Auswahl (und Erlangung) der Mittel bestimmen, nicht die vorhandenen Mittel die zukünftige Politik.

Probleme können an jeder dieser vier Verbindungen (Realität - Wahrnehmung - Strategie - Handeln) auftreten. Eine besondere Schwachstelle bildet jedoch die Wahrnehmung der Realität: Hier findet notwendigerweise eine Reduzierung komplexer Strukturen statt, um überhaupt ein „Bild der Wirklichkeit“ zu produzieren, das seinerseits die Grundlage für eine Strategie bildet.

Problematisch ist dies nicht nur, wenn die Strategie (bzw. das daraus folgende Handeln) versagt, sondern auch im Falle des Erfolgs. Dieser wird dann tatsächlich zu einer „Falle des Erfolgs“, hat sich doch gezeigt, dass die Wahrnehmung und Strategie richtig waren und auch für die Zukunft Gültigkeit haben. Doch die Wirklichkeit verändert sich konstant und das simplifizierte Ausgangsmodell kann schon beim nächsten Mal „unpassend“ sein.

Nicht nur menschlich-individuell, sondern auch unternehmerisch-strategisch kann sich also das einstellen, was landläufig als „Betriebsblindheit“ bezeichnet wird. Deshalb ist es für jeden Entscheidungsträger, ob in Wirtschaft oder Politik, so wichtig, die Wahrnehmung der Realität zu überarbeiten und anzupassen – und hierbei können Szenarios helfen.

Die Methode dient dazu, unterschiedliche Konzeptionen der Zukunft und damit die Bandbreite möglicher Entwicklungspfade zu skizzieren. In der Phase der Erarbeitung solcher Szenarien wird weder auf ihre Eintrittswahrscheinlichkeit noch auf Kriterien der *political correctness* oder ähnliches Rücksicht genommen. Auch ist es nicht das Ziel, eine normative Handlungsempfehlung darüber abzugeben, welche Entwicklungspfade das Unternehmen bzw. die Institution in Zukunft verfolgen soll.

Vielmehr geht es darum, durch die bildhafte Darstellung kommender Entwicklungen und vor allem ihrer Alternativen die geläufigen Erwartungen zu hinterfragen und neue Denkanstöße für die Probleme der Gegenwart zu liefern: „Die besten Szenarios sind nicht notwendigerweise diejenigen, die sich bewahrheiten; es sind diejenigen,

welche die Erwartungen untergraben und so tiefe Einblicke in die Veränderungen um uns herum gewähren. Je besser die Szenarios sind, desto mehr wirken sie auf das bestmögliche Verständnis der Gegenwart ein.”²

Was heißt das für Europa?

Der zuletzt genannte Punkt macht deutlich, dass es mit der Entwicklung von Szenarios zur EU-Außenpolitik im Jahr 2015 eben nicht darum geht, den möglichen Verlauf der kommenden elf Jahre möglichst exakt zu bestimmen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Doch erfordern sowohl die innere Entwicklung der Union (Stichwort: fortschreitende Integration) als auch die äußere Dynamik (Stichwort: neue Weltunordnung) ein geschärftes Bewusstsein über mögliche Entwicklungslinien als weltpolitischer Akteur. Diesem Zweck dient das Denken in Szenarien über die Zukunft der EU³ – und diesem Zweck hatte sich auch der EuroMission-Workshop verschrieben, denn nur dann ist die Entwicklung einer belastbaren Strategie möglich.

Interessen und Ziele der EU im Bereich Außenpolitik sind tatsächlich schon an verschiedenen Stellen benannt: Artikel 11 des EU-Vertrags in der derzeit gültigen Post-Nizza-Version nennt beispielsweise die Wahrung gemeinsamer Werte; die Unabhängigkeit und Integrität sowie Stärkung der Sicherheit der Union; die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit; die Förderung internationaler Zusammenarbeit; sowie die Entwicklung und Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte als Ziele⁴.

In den nunmehr vom Europäischen Rat angenommenen Verfassungsvertrag sind diese Ziele übernommen. Zusätzlich wird in I-Art. 3 IV auch auf freien und gerechten Handel sowie Bekämpfung der Armut verwiesen⁵. Das heißt, der Strategie liegt der sog. erweiterte Sicherheitsbegriff zu Grunde, der neben den militärischen Aspekten der Sicherheit auch ökologische, demographische oder entwicklungspolitische Fragen berücksichtigt.

² Ramsey, Nancy/McCorduck, Pamela, *The Futures of Women*, 1997, zit. nach Golüke, Ulrich, *How to Create Scenarios: Some Details*, September 2001, S. 2, <http://www.blue-way.net/papers/ScenarioSomeDetails.pdf>.

³ Ein gutes Beispiel für die Verwendung von Szenarios im Bereich der EU-Integration stellt ein Papier des Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) dar: Algieri, Franco/Emmanouilidis, Janis A./Maruhn, Roman: Europas Zukunft - Fünf EU-Szenarien, C·A·P Working Paper, München 05/2003

⁴ Art. 11, EUV.

⁵ Verfassungsvertrag für die Europäische Union i.d.F. v. Juni 2004. Für eine ausführliche Auflistung der Ziele für die GASP, s. III-Art. 193.

Seit Ende vergangenen Jahres verfügt die EU nunmehr über eine Sicherheitsstrategie. Sie erklärt die Abwehr von Bedrohungen, die Stärkung der Sicherheit in ihrer Nachbarschaft und eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus zu den „strategischen Zielen“ der EU⁶. Doch so (politisch) wichtig und (inhaltlich) richtig diese Strategie auch sein mag, sie ist doch von zwei fundamentalen Unzulänglichkeiten gezeichnet: Sie entstand, erstens, in denkbar kürzester Zeit hauptsächlich im Frühjahr 2003 als politische Reaktion auf die Zerstrittenheit der Europäer in der Irakkrise und ist somit in ihrer Wirkung mindestens genauso als Heilmittel für die innereuropäischen und transatlantischen Beziehungen gedacht wie als tatsächliches außenpolitisches Dokument. Aus diesen Gründen macht sie sehr starke Anleihen bei der US-amerikanischen Sicherheitsstrategie und steht deshalb, zweitens, nicht innerhalb einer Gesamtkonzeption von Zielen und Rolle der EU in der Welt und wie diese erreicht werden sollen.

Der EuroMission-Workshop

Diesen letzten Schritt gedanklich zumindest anzureißen, war Ziel des Workshops auf der Konferenz EuroMission. Von den 25 Teilnehmern, hauptsächlich jungen Berufstätigen aus Politik, Diplomatie, Medien und Wirtschaft, kam ein Gutteil aus den neuen Mitgliedstaaten.

Aufgrund der Kürze der Zeit war es nicht möglich, die Teilnehmer ihr eigenes Szenario entwerfen zu lassen. Deshalb wurde auf ein von den Workshopleitern entwickeltes „Szenario EU 2015“ zurückgegriffen. Dieses ermöglichte es den Teilnehmern nichtsdestoweniger, die Rolle der EU in einer stark gewandelten Welt anhand von konkreten Konfliktfällen zu bestimmen.

Um es nochmals zu sagen: Das Szenario beanspruchte keinerlei prophetische Gültigkeit. Es diente den Teilnehmern lediglich als Rahmen einer möglichen Zukunft, innerhalb der sie die aufkommenden Fragen zur Rolle Europas in der Welt des Jahres 2015 diskutieren konnten: *Ist die EU zu diesem Zeitpunkt Zivilmacht, Militärmacht, oder Normative Macht? (Oder ist sie gar keine „Macht“?) Über welche Instrumente verfügt die EU zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen? Wie ist das Verhältnis zwischen der Union einerseits und den Mitgliedstaaten andererseits in der Formulierung der Außenpolitik? Verfügt die EU über außenpolitische Kohärenz, sowohl institutionell als auch in Bezug auf verschiedene Politikfelder?*

⁶ Europäischer Rat, Europäische Sicherheitsstrategie – Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, 12. Dezember 2003.

Wie sind die Beziehungen zu anderen Ländern (USA, Russland, China, Indien) und Weltregionen (Asien, Naher Osten, Lateinamerika)? In welchem Verhältnis stehen Internationale Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen, zur EU? Und, schließlich, welche Gefahren drohen im Jahr 2015: (immer noch) atomare Proliferation und Massenvernichtungswaffen, AIDS und andere Seuchen – oder ganz neue Gefahren?

Auch hier konnte es nicht darum gehen, Antworten auf diesen Strauß von Fragen zu erhalten. Zielsetzung war vielmehr, die Teilnehmer für den Blick in die Zukunft zu sensibilisieren, ihnen den Prozess der Strategieentwicklung näher zu bringen und auf diese Weise ihr Verständnis für den gegenwärtigen Stand der europäischen Außenpolitik zu erhöhen. Doch bevor die Ergebnisse der Diskussion präsentiert werden sollen, erscheint nun das behandelte Szenario.

Das Szenario „EU 2015“

Wir schreiben das Jahr 2015. Soeben hat eine neue EU-Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Die Anfang 2005 nach langem innenpolitischem Ringen verabschiedete Verfassung⁷ hat sich als gute Arbeitsgrundlage erwiesen. Dank der neuen Institutionen und Mechanismen blieb die Union nach zwei Erweiterungen entscheidungs- und handlungsfähig. Die finanziellen Schwierigkeiten aus der Erweiterung 2004 wurden durch einen zweiten „Big Bang“, den Beitritt der neuen Nettozahler Schweiz, Norwegen und Island zusammen mit Rumänien, Bulgarien und Kroatien im Jahr 2008, gemildert. Die institutionelle Gewichtung der drei tragenden Organe Rat, Kommission und Parlament hat sich in der zurückliegenden Dekade kaum verändert.

Mit der 2003 verabschiedeten Sicherheitsstrategie, die in der Folge kontinuierlich aktualisiert und zu spezifischen Sub-Strategien (Nachbarschaftspolitik, Massenvernichtungswaffen, Terrorismus) weiter entwickelt wurde, erlangte die Union tatsächliche außenpolitische Orientierung. Gleichzeitig haben im Rahmen der „verstärkten Zusammenarbeit“ einzelne Mitgliedstaaten Schritte einer vertieften Integration unternommen: Der Euro ist Zahlungsmittel in allen Mitgliedsländern außer der Schweiz und Großbritannien. Im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit arbeiten Europol und Eurojust seit der Terrorwelle in Europa 2004/05 mit ausgeweiteten Kompetenzen gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität. Der Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft ist abgeschlossen. 24 der 31 Mitgliedstaaten beteiligen sich an der europäischen Eingreiftruppe, die mit

⁷ An diesem Punkt wird deutlich, dass die Qualität eines Szenarios nicht in seiner „Wahrheit“ liegen muss: Diese – zum Zeitpunkt der Szenarioentwicklung – konservativ geschätztes Datum wurde durch eine positive Entwicklung der Gegenwart überholt. Interessanterweise empfanden manche Teilnehmer das Szenario als insgesamt „zu optimistisch.“

zunehmend 70.000 Mann weltweit einsetzbar ist. Seit 2004 fanden, unter dem Dach der Vereinten Nationen und teilweise in Zusammenarbeit mit der Nato, sieben größere Einsätze in Konfliktprävention, Krisenmanagement und post-conflict Peace-building statt. Derzeit befinden sich 8.500 Soldaten und 5.000 zivile Kräfte in Einsätzen in der Karibik und im südlichen Afrika.

Die Nachbarschaftspolitik der EU, basierend auf dem Konzept des „Rings verantwortungsvoll regierter Staaten“, zeigte substantielle Erfolge. Der Balkan ist politisch und wirtschaftlich stabilisiert, die Ukraine und Weißrussland verfolgen nach Jahren der Instabilität einen vorsichtigen, aber stetigen Annäherungskurs. Die Beziehungen zu den nordafrikanischen Nachbarn waren in den letzten Jahren vor allem vom gemeinsamen Kampf gegen eine zunehmende Arbeitsmigration („brain drain“) geprägt. Ein Beitrittsgesuch Marokkos wurde abgewiesen mit der Begründung, es sei kein „europäisches Land“ (Art. 1 II i.V.m. Art. 57 I der EU-Verfassung); der Beitritt der Türkei steht für 2018 bevor.

Russland hat nach einer spürbaren Abkühlung der Beziehungen während der dritten – verfassungswidrigen – Amtszeit Putins (2008-12) unter der neuen Präsidentin begonnen, eine Politik der guten Nachbarschaft zu EU und Nato zu entwickeln. Auch hat Russland nach 2012 durch den Verzicht auf sein Vetorecht eine wichtige Rolle bei der Reform der Vereinten Nationen gespielt: Die Sitze im Sicherheitsrat sind nunmehr ohne Vetomöglichkeit auf die einzelnen Weltregionen verteilt; die Region Europa wird durch den EU-Außenminister vertreten, andere Regionen bestimmen turnusmäßig ihren Vertreter. Durch diese und weitere Reformen erlangten die UN insgesamt ein größeres Maß an globaler Legitimität.

Die USA haben den im Jahr 2001 begonnenen „Krieg gegen den Terrorismus“ und die damit verbundene Politik der Stärke fortgesetzt. Europa fand in den Jahren nach Verabschiedung der ersten Sicherheitsstrategie zu einem einheitlichen außenpolitischen Auftreten. An der Iran-Intervention der US-geführten „coalition of the willing“ 2006 beteiligte sich kein Mitgliedstaat der EU. In den Folgejahren entwickelten sich die transatlantischen Beziehungen angesichts eines außenpolitisch kompetenten Europa unter der Ägide des ersten EU-Außenministers Fischer (2007-12) wieder zur strategischen Partnerschaft, wie sie bereits zu Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ausgerufen worden war. Vor allem in der weltpolitischen Einbindung der zur dritten Weltmacht aufgestiegenen Volksrepublik China bewährte sich das Bündnis. Es konnte jedoch nicht verhindern, dass die Zahl der Nuklearmächte weiter gestiegen ist. Vereinzelt hat ein begrenzter Einsatz von Kernwaffen („smart bombs“) stattgefunden; zu einem „Atomkrieg“ zwischen zwei Mächten ist es aus Furcht vor der massiven Zerstörung bisher nicht gekommen.

Das größte, weiterhin ungelöste Problem ist die Situation im Nahen Osten. Zu Beginn des Jahres 2007 beendete die vom Nahost-Quartett aufgezwungene Friedenslösung die zweite Intifada, die nach der Liquidierung Jassir Arafats 2005 durch Israel ihren

gewalttätigen Höhepunkt erreicht hatte. Der Einmarsch in den Iran ein Jahr später und die diplomatische Isolierung Syriens hatten das Klima für eine Friedenslösung geschaffen. Eine UN-mandatierte Nato-Friedenstruppe ohne amerikanische, aber mit russischer Beteiligung sichert seitdem die Grenze zwischen Israel und dem neuen Staat Palästina. Es kommt jedoch weiterhin zu vereinzelt Terroranschlägen. Ursache hierfür sind die Grenzlinie zwischen den zwei Staaten, welche entlang dem 2004 von Israel errichteten Zaun über palästinensisches Territorium verläuft, sowie die nur schleppend voranschreitende Freilassung der noch immer in Israel inhaftierten 2900 Palästinenser.

Arbeitsauftrag für die Teilnehmer war es, aufbauend auf diesem Weltbild und konfrontiert mit vier spezifischen Konfliktfällen – völkerrechtlicher, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und ökologischer Natur – die jeweilige „Rolle Europas“ bzw. sein konkretes Handeln zu bestimmen. Hierzu nahmen sie eine Position im fiktiven Beraterteam des EU-Außenministers ein und erarbeiteten Lösungsvorschläge für jeweils einen der aufgeführten Konflikte:

1. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat der Vertreter der Region „Naher Osten“ einen Antrag auf Verabschiedung einer Resolution eingereicht, in der gefordert wird, den völkerrechtswidrigen Grenzzaun durch die stationierten Nato-Truppen abbauen zu lassen. Innerhalb der „Region Europa“, zu der auch Israel zählt, ist die Entscheidungsfindung über das Abstimmungsverhalten zu diesem Resolutionsentwurf und das weitere diplomatische Vorgehen noch nicht abgeschlossen.
2. Die multinationale Schutztruppe unter Nato-Führung musste ihr Mandat mehrmals über den ursprünglich geplanten Zeitraum hinaus verlängern. Einzelne Nato-Mitglieder sind der Ansicht, die Situation sei so weit stabil, dass die militärische Komponente des Einsatzes zurückgefahren werden solle. Der Vorschlag, eine europäische Grenzschutztruppe könne die Sicherheitsaufgaben übernehmen, liegt dem Rat der Außenminister vor.
3. Israel arbeitet nicht nur innerhalb der Vereinten Nationen mit der EU zusammen, sondern auch durch die „EU-Nachbarschaftsstrategie Naher Osten“. Es strebt ein privilegiertes Verhältnis zur Union und die Aufnahme in den Binnenmarkt (Anwendung der vier Grundfreiheiten) an. Von einem Beitrittsgesuch sah Israel bislang ab, weil es seine souveräne Außenpolitik keiner Bindung unterwerfen möchte. Auf einer in Kürze stattfindenden Konferenz soll der EU-Außenminister die Agenda „Naher Osten 2020“ vorstellen.
4. Der anhaltende Konflikt im Nahen Osten hat bisher die Schaffung der ursprünglich für 2015 geplanten Freihandelszone im Mittelmeerraum verhindert. Angesichts der schnell wachsenden Bevölkerungen in den nordafrikanischen und arabischen Ländern ist dieses Vorhaben dringlicher denn je. Ägypten steht kurz vor dem wirtschaftlichen Kollaps, da nach einer dreijährigen Nildürre die (Trink-)Wasserversorgung

zusammengebrochen ist. Die Außenminister der EU möchten Maßnahmen zur Nothilfe und zur langfristigen wirtschaftlichen und umweltpolitischen Entwicklung ergreifen.

Europa 2015, wie es die junge Generation sieht

Folgende Punkte sollten nach Auffassung der Teilnehmer die Grundlage europäischen auswärtigen Handelns sein:

- Die EU als Ganzes genießt die Unterstützung ihrer Bürger
- Die europäischen Länder treten einheitlich nach außen auf
- Europa versteht sich als Moderator und Mittler zwischen den Kulturen in einer multilateralen, auf dem Völkerrecht gegründeten internationalen Ordnung
- Die EU verfolgt aktiv eine weltpolitisch integrative, d.h. auf gegenseitige Bindung ausgerichtete Politik, die glaubwürdig und selbstbewusst zugleich ist
- Sie differenziert zwischen Mitgliedschaft auf der einen und (privilegierter) Partnerschaft auf der anderen Seite – zum wechselseitigen Nutzen
- Bei der Lösung globaler Probleme geht die Union die Ursachen mit einer abgestimmten, „Ressort übergreifenden“ Politik an
- Die Zusammenarbeit im transatlantischen Bündnis erfolgt im Bewusstsein der gegenseitigen tiefen Verbundenheit und „auf Augenhöhe“
- Die EU verfügt über eine umfassende Sicherheitskapazität insbesondere zur zivilen Konfliktbearbeitung; die militärische Komponente wird im Bewusstsein der eigenen Geschichte nur als ultima ratio eingesetzt
- Prävention und Aktion genießen klaren Vorrang vor Reaktion
- Europa ist auch wirtschaftlich attraktiv für seine Nachbarn wie für andere Weltregionen. Der hierfür nötige Reformprozess (Lissabon-Strategie) muss auch im Sinne der Außenpolitik fortgesetzt werden

Forderungen der jungen Generation

Aus dieser Beschreibung der zukünftigen Rolle ergeben sich einige konkrete Forderungen an die gegenwärtigen Entscheidungsträger. Zunächst bedarf es nach Meinung der Teilnehmer gewisser Grundvoraussetzungen, die Europa als Ganzes betreffen:

- Auch für das auswärtige Handeln ist es erforderlich, die finalité der Europäischen Union zu definieren: Was ist die EU? Auf welches Ziel steuert die Gemeinschaft hin? Nur dann kann die Union ihre Außenpolitik sinnvoll bestimmen.
- Hierfür sind unerlässlich das Vorhandensein und verstärkte Fördern (das heißt: Leben) gemeinsamer Werte.
- Statt einer schwer festzumachenden „europäischen Identität“ bedarf es eines „Gefühls für Europa“, das die Menschen in der Union eint. Dieses Gefühl sollte bereits in der Schule gefördert werden.
- Hierfür sind offene Kommunikation und Transparenz unabdingbare Voraussetzungen. „Brüssel“ ist tendenziell zu weit weg, als dass es sich eine schlechte Kommunikation „leisten“ könne.
- Eine Vereinfachung der Kompetenzen und ein Abbau bürokratischer Strukturen kommen auch der Außenpolitik zu Gute.

Außerdem benannten die Teilnehmer bestimmte Punkte, die speziell die Außen- und Sicherheitspolitik der EU berühren:

- Europa braucht eine kompetente sicherheitspolitische Kapazität, also zivile, polizeiliche und militärische Mittel. Die Grundlage stellt ein „erweiterter“ Sicherheitsbegriff dar, wie ihn auch die Europäische Sicherheitsstrategie vertritt. Europas (zukünftige) Stärke liegt in der Kombination verschiedener Politiken, nicht im ausschließlichen Einsatz militärischer Mittel.
- Das im Verfassungsentwurf vorgesehene Amt des EU-Außenministers sollte bereits vor Inkrafttreten der Verfassung (voraussichtlich 2009) per Ratsbeschluss geschaffen werden. Der Außenminister benötigt eine starke Kompetenz, um für ein einheitliches Auftreten zu sorgen, bei gleichzeitig größtmöglicher demokratischer Legitimation.
- Die vom EU-Außenminister betriebene einheitliche Politik zeichnet sich durch Mehrheitsbeschlüsse sowie die Möglichkeit interner Sanktionen aus. Außerdem ist eine adäquate Mittelausstattung anzustreben: Die neue Rolle Europas in der Welt muss sich auch im Budget widerspiegeln.

- Neben der Schaffung des neuen Amtes soll eine bessere Vernetzung der Außen- und Europaministerien der Mitgliedstaaten erreicht werden.
- Die Europäische Sicherheitsstrategie, ein trotz mancher Kritikpunkte gleichwohl richtungsweisendes Dokument auf dem Weg zu mehr europäischer Verantwortung, soll in größerem Rahmen publiziert und in allen Mitgliedstaaten diskutiert werden. Mit Hilfe dieser Strategie ist es dann möglich, dass die EU ihre eigene Agenda entwickelt und proaktiv die Welt mitgestaltet, anstatt nur auf äußere Ereignisse (hilflos) zu reagieren.

Beitrag der jungen Generation

Abschließend haben die Teilnehmer ihren eigenen Beitrag formuliert.

- Die junge Generation „lebt“ Europa im ganz Alltäglichen. Sie macht den „Alten“ vor, was in naher Zukunft die Normalität sein wird: Auf der Suche nach Lösungen auch einmal über die Grenzen zu schauen, Europa als Ganzes zu denken.
- Sie versteht sich als „kritischer Beobachter“, der bereit ist einzugreifen, wenn von dem langfristigen Ziel europäischer Einigung abgewichen wird.